

P-2-B Nazi-Netzwerke konsequent aufdecken und bekämpfen

Gremium: 2. Länderrat 2020
Beschlussdatum: 26.07.2020
Tagesordnungspunkt: P - Aktuelle politische Lage

Antragstext

1 In den letzten Tagen und Wochen sind immer mehr Details über die Drohbrieife des
2 selbsternannten „NSU 2.0“ ans Licht gekommen. Fast täglich gibt es neue
3 Nachrichten über Drohbrieife und -mails, die an Politiker*innen, Anwäl*innen,
4 Journalist*innen, Kabarettist*innen und weitere Personen gingen, die sich in
5 verschiedenen Kontexten bereits gegen Nazis eingesetzt haben. Ihnen gilt unsere
6 uneingeschränkte Solidarität. Bereits seit 2018 wurden immer wieder Drohbrieife
7 verschickt. Dabei wurden zum Teil persönliche, nicht öffentlich verfügbare Daten
8 verwendet, die zuvor aus Polizeicomputern in Wiesbaden und Frankfurt abgerufen
9 wurden. Tatverdächtige konnten nicht ermittelt werden; die Polizist*innen, deren
10 Konten benutzt wurden, werden lediglich als Zeugen geführt. Es ist
11 offensichtlich, dass die hessische Polizei entweder nicht willens, oder nicht in
12 der Lage ist, die dringend notwendige umfassende Aufklärung zu leisten. Deswegen
13 muss Aufklärung von außen erfolgen. Wir fordern die sofortige Übernahme der
14 Ermittlungen durch die Generalbundesanwaltschaft. Die dafür notwendige
15 Voraussetzung, der Anfangsverdacht der Bildung einer terroristischen
16 Vereinigung, ist mehr als naheliegend. Dabei müssen alle beteiligten
17 Polizist*innen sofort umfassend vernommen und mögliches Beweismaterial
18 sichergestellt werden. Bisher ist dies nicht vollumfänglich erfolgt.
19 Gleichzeitig ist wenig darüber bekannt, wie die Akteur*innen hinter den
20 Drohbrieifen agieren und wie weit sie zu gehen bereit sind. Deshalb fordern wir
21 jetzt umfassende Schutzmaßnahmen für die Betroffenen, bevor die Akteur*innen die
22 Möglichkeit haben, den Drohungen Taten folgen zu lassen.

23 Im Zusammenhang mit den ersten Ermittlungen im Jahr 2018 wurde schnell klar,
24 dass im Frankfurter Polizeirevier offenbar eine Vernetzung rechtsextremer
25 Polizist*innen existierte. Das zeigt, dass hier nicht nur Einzeltäter*innen am
26 Werk sind, sondern gezielt und organisiert Angst verbreitet werden soll. Darüber
27 hinaus wird durch die Drohungen an die Berliner Abgeordnete Anne Helm eine
28 Verbindung ins Berliner Nazi-Milieu deutlich. Gerade wenn Sicherheitsbehörden an
29 extrem rechten Strukturen offenbar maßgeblich beteiligt sind, muss umfassend und
30 unverzüglich dafür Sorge getragen werden, dass schonungslos aufgeklärt wird und
31 dass die handelnden Akteur*innen nicht die Möglichkeit bekommen, ihre Taten
32 fortzusetzen. Extrem rechte Strukturen in Sicherheitsbehörden müssen sowohl in

33 Hessen, als auch in ganz Deutschland vollständig zerschlagen werden. Um die
34 Bildung solcher Strukturen zielgerichtet bekämpfen zu können, begrüßen wir die
35 bereits angestrebte Einsetzung einer externen und unabhängigen Sonderkommission,
36 die die Geschehnisse bei der hessischen Polizei aufarbeiten und politische
37 Handlungsempfehlungen für die Zukunft erarbeiten soll. Dabei sollten unbedingt
38 auch wissenschaftliche Untersuchungen zu extrem rechten und rassistischen
39 Einstellungen innerhalb der Polizei regelmäßig vorgenommen werden. Zur Klärung
40 der politischen Verantwortlichkeiten und genauen Abläufe muss zudem ein
41 parlamentarischer Untersuchungsausschuss eingerichtet werden, nachdem alle
42 relevanten Tatsachen durch die Staatsanwaltschaft ermittelt wurden.

43 Wie der Fall in Hessen gezeigt hat, sind rechtsextreme Polizist*innen oft nicht
44 allein, sondern gut vernetzt, auch innerhalb des eigenen Reviers. Wo Nazi-
45 Netzwerke innerhalb der Polizei existieren, gibt es auch immer viele
46 Polizist*innen, die wegschauen. Deshalb muss als Konsequenz aus dem Aufdecken
47 solcher Netzwerke mit Nachdruck daran gearbeitet werden, besonders die
48 Problemreviere konsequent zu entnazifizieren und rechtsextremistische Strukturen
49 vollständig aufzulösen. Dies kann auch heißen, ganze Reviere aufzulösen und neu
50 zu gründen. Polizist*innen aufgelöster Reviere und Dienststellen sollen
51 systematisch in Hinblick auf menschenfeindliche Ideologien überprüft werden,
52 bevor diese weiter im Polizeidienst tätig sind. Wer der Überprüfung nicht
53 standhält, muss aus dem Polizeidienst ausgeschlossen werden. Diese systematische
54 Überprüfung muss daher schon für alle, die im Polizeidienst tätig sein wollen,
55 im Einstellungsprozess verpflichtend stattfinden. Um Missstände möglichst
56 frühzeitig erkennen zu können, müssen unabhängige, nur den Parlamenten zur
57 Rechenschaft verpflichtete Ermittlungsstellen geschaffen werden und für
58 Whistleblower*innen ein umfassender Schutz garantiert werden. Für die Entfernung
59 von extrem rechten Polizist*innen aus dem Dienst sollten die Hürden gesenkt
60 werden. Allerdings ist auch klar, dass dienstrechtliche Maßnahmen nicht die
61 Strafgerichtsbarkeit ersetzen. Deswegen ist es notwendig, extrem rechte
62 Straftaten innerhalb der Polizei konsequent anzuklagen und die Täter*innen vor
63 Gericht zu bringen, anstatt sie zu schützen.

64 Wo Nazi-Netzwerke existieren ist meist auch der Verfassungsschutz nicht weit. Da
65 der Verfassungsschutz sich ein ums andere Mal als Hindernis bei der Bekämpfung
66 von Nazi-Netzwerken erwiesen hat fordern wir die Abschaffung des
67 Verfassungsschutzes. Über die Notwendigkeit und die Art der Offenlegung von
68 Erkenntnissen aus dem Verfassungsschutz darf nicht der Verfassungsschutz
69 entscheiden können.

70
71 In diesem Zusammenhang dürfen sich die Fehler der mangelnden Aufklärung des NSU
72 1.0 nicht wiederholen. In Hessen wurden dabei zwei interne
73 Aktenprüfungsberichte, die vom damaligen hessischen Innenminister Boris Rhein
74 (CDU) beim Landesamt für Verfassungsschutz in Auftrag gegeben wurden, für 30
75 Jahre gesperrt. Damit eine größtmögliche Transparenz und umfassende politische
76 Kontrolle des Verfassungsschutzes garantiert wird sowie mögliche Zusammenhänge

77 zum NSU 2.0 erkannt werden können, müssen diese Berichte freigegeben werden.

78 Die Sicherheitsbehörden als Vertreterinnen der Staatsgewalt und mit dem dort
79 möglichen Zugang zu Waffen werden für Nazis immer ein attraktives
80 Betätigungsfeld bleiben. Es liegt an politisch Verantwortlichen, dafür zu
81 sorgen, dass die extreme Rechte die Sicherheitsbehörden nicht für die
82 Durchsetzung ihrer menschenverachtenden Ideologie benutzen kann. Kein Fußbreit
83 dem Faschismus muss auch erst Recht im Staatsdienst gelten!